



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/244 - 27.10.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 690

Keine Verhandlungen mit Moskau?	S. 1
Die Hoffnung der Kolonialvölker	S. 2
Anfänge der Jugendinternationale	S. 4
Zum Tode des Pfarrers Kunze - Preetz	S. 6
Die Weltpresse zur Saarlösung	S. 7
Erklärung Ollenhauers zur <u>Saarfrage</u>	S. 9

## Verhärtung

P.R. Im Anschluß an die Unterzeichnung der Pariser Protokolle ist eine neue Verhärtung der west-östlichen Verhandlungssituation entstanden. Die Parole: Keine neuen Gespräche mit den Sowjets vor einer Ratifizierung der Pariser Verträge beherrscht offenbar das Denken der maßgebenden Männer des Westens. Mauerdrings liegen auch aus Paris Nachrichten dieser Art vor. Die Note der Sowjets wird also - wenn überhaupt - negativ beantwortet werden. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern im hohen Maße gefährlich für alle weiteren Bemühungen um einen Ausgleich und damit das Möglichwerden einer deutschen Wiedervereinigung.

Wenn man nicht mehr vor der Ratifizierung mit Verhandlungen beginnen will, müßte man es, sofern man es überhaupt will, danach versuchen, d.h. in der Zeitabwägung der Realisierung des Vertragsinhaltes z.B. der Bewaffnung der Bundesrepublik. Die Befürworter dieses Terminkalenders versprechen sich davon eine größere sowjetische Geneigtheit zum Entgegenkommen. Sie sind der Ansicht, dass zunächst einmal der feste Wille des Westens demonstriert werden müsse, sich unter keinen Umständen durch irgendwelche diplomatischen Schritte Moskaus auf dem Wege zu einer festen, auch militärischen, westeuropäischen Einheit behindern zu lassen. Das erst könnte die Sowjets "zur Vernunft bringen". Die These setzt voraus, dass die Sowjets eines Tages vor einer kompakten militärischen Kraftdemonstration zurückweichen müßten, dass sie, in die Ecke getrieben, einen Krieg nicht riskieren werden.

Es liegt nicht der geringste Beweis dafür vor, dass sie es müßten. Die ganze Anlage dieser Überlegung hat offenkundig Elemente eines va banque-Spiels in sich.

Die Reaktion auf die Vertagungstendenz des Westens wird entgegengesetzt sein. Die Sowjets werden mit Genugtuung feststellen, und einen möglichst großen Bereich der Weltöffentlichkeit klarzumachen suchen, dass die Westmächte die Verantwortung für das Nichtzustandekommen von Verhandlungen auf sich genommen haben. Auch die Sowjets werden dann mit dieser "moralischen" Rückendeckung nicht, wie man hofft, zu größerem Entgegenkommen bereit sein, sondern nur zum Gegenteil, d.h. einer Politik des versteinerten Status quo.

Wenn der Westen weiter mit der These operiert: Erst müssen die Sowjets den Beweis ihres guten Willens erbringen (zunächst dadurch, dass sie zuerst einmal und vor einem neuen Verhandlungsbeginn akzeptieren, was sie am Schluß der letzten Konferenz in Berlin ablehnten), dann setzt Moskau das Argument dagegen: Die Eingliederung der Bundesrepublik in das militärische Bündnissystem des Westens und der auch in Paris bekundete Wille, einmal ganz Deutschland in dieses Bündnis einzubeziehen, sind alles andere als ein überzeugender Beweis für den guten Willen des Westens zu einer Lösung zu kommen, die nicht einfach in der politischen Kapitulation der anderen Seite - eben der Sowjets - besteht.

Die Folge der Absicht, Verhandlungen mit den Sowjets solange wie möglich hinauszuschieben, zumindest aber bis nach der Ratifikation der Pariser Verträge, also etwa ein halbes Jahr, ist demnach das genaue Gegenteil einer verbesserten Ausgangsposition für ein nutzbringendes Gespräch mit den Herren des Kreml. Sie ist vielmehr eine erneute, vielleicht entscheidende Erschwerung jeder Verhandlungsmöglichkeit. Sie kann sogar ein Schritt auf dem Wege der Verewigung der Spaltung Deutschlands sein.

"Tag der Freiheit der abhängigen Völker"

Die Asiatische Sozialistische Konferenz hat, in Verbindung mit der Sozialistischen Internationale, beschlossen, jedes Jahr einen Freiheitstag der unterdrückten Völker feierlich zu begehen. Dieser Tag wird besonders in den Ländern von Bedeutung sein, die auch heute noch unter dem Kolonialismus leben müssen und ihre Unabhängigkeit noch nicht erreicht haben. Aber auch die früheren Kolonialvölker in den unterentwickelten Gebieten Asiens und Afrikas wollen durch diesen Tag ihre Verbundenheit mit den noch in Abhängigkeit und Unterdrückung lebenden Menschen durch geeignete Mittel demonstrieren.

Der "Tag der Freiheit der abhängigen Völker" ist in diesem Jahr der 30. Oktober. Wir bringen aus diesem Anlass einen Auszug aus einem Artikel von Richard Löwenthal (London) im neuesten Heft der "Neuen Gesellschaft". Löwenthal ist weithin bekannt unter dem Pseudonym Paul Sering, unter welchem er 1947 das Buch "Jenseits des Kapitalismus" veröffentlichte. In dem erwähnten Aufsatz "Sozialismus ohne Utopie" befasst sich Löwenthal zunächst mit zwei Grundproblemen des Sozialismus: der Überwindung der Existenzsicherheit und der unpersönlichen Abhängigkeit, in die der Einbruch der modernen kapitalistischen Industrie die arbeitenden Menschen stürzte und dem anderen Grundproblem der Gesellschaftskrise unserer Zeit, dem Problem der souveränen Nationalstaaten und ihrer Konflikte. Er kommt dann in einem Abschnitt

"Der Aufstieg der ehemaligen Kolonialvölker"

zum dritten Grundproblem, dem "der Beziehungen zwischen den 'alten' Industrieländern westlicher Kultur und den ehemals oder noch heute kolonial regierten Ländern, die vom Westen in den Prozeß der Industrialisierung hineingerissen worden sind und ihre nationalen Bewegungen im Konflikt mit dem Westen entwickelt haben." Löwenthal schreibt dazu: "Um sich gegenüber der Fremdherrschaft zu behaupten, standen und stehen alle diese Völker vor der Notwendigkeit, die westliche Technik der Wirtschaft und der Machtorganisation und damit auch wesentliche Züge der westlichen Denk- und Lebenshaltung sich anzueignen, dennoch aber in der Transformation ihre kulturelle Eigenart zu bewahren

Der wirtschaftliche und machtpolitische Verstoß des westlichen Imperialismus und die Entfaltung der nationalstaatlichen Machtpolitik haben ihren Höhepunkt überschritten und sind auf dem Rückzug vor den von ihnen erweckten Bewegungen der "unterentwickelten" Völker. Muß diese Gegenbewegung dem Westen, dem sie trotz allem so viel verdankt, feindlich bleiben, muß sie als neuer Explosivstoff zur Zerstörung

der westlichen Zivilisation dienen, wie die sowjetische Strategie es will - oder kann eine westliche Gesellschaft, die selbst im Prozeß der sozialistischen Umgestaltung, im Prozeß der Überwindung ihrer Krise begriffen ist, neue Wege der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Vorwärtsentwicklung finden, die der westlichen Idee einer freiheitlichen Ordnung einen neuen, weltweiten Sinn geben und gleichzeitig den gestern noch unterdrückten und ausgebeuteten Völkern die optimale Chance bieten, ihre Entwicklungsprobleme auf ihre eigene Art zu lösen?

Heute schon wird dieses dritte Grundproblem mehr und mehr zur Schicksalsfrage der westlichen Welt, oder richtiger: der Welt überhaupt. Es wird deshalb auch zur Kernfrage der weltweiten Aufgabe der Sozialisten. Und vor dieser Schicksalsfrage haben die Sozialisten, nach manchem früheren Zögern und Tasten, im geschichtlich entscheidenden Augenblick *n i c h t* versagt: Die Freigabe des indischen Subkontinents, die trotz aller Bedeutung der inneren sozialökonomischen Umwälzungen geschichtlich größte Leistung der englischen Arbeiterregierung, hat der ganzen Entwicklung Asiens und seines Verhältnisses zu Europa eine neue, hoffnungsvolle Wendung gegeben, hat den Weg für entsprechende Lösungen auch in anderen Teilen der Welt und im Kolonialreich anderer Mächte vorgezeichnet, sie hat wahrhaft internationalen Sozialismus überhaupt erst wieder möglich gemacht.

In einer Zeit, da die reaktionären Kräfte der alten Welt, wenngleich unwiderruflich auf dem Rückzuge, ihre kolonialen Privilegien noch immer Schritt für Schritt zu verteidigen suchen, während die kommunistisch geführten "Befreiungsbewegungen" sich als Vorläufer einer neuen Fremdherrschaft und Träger einer gewaltsamen Modernisierung unter der Zuchttrute einer totalitären Diktatur sowjetischen Modells erweisen, sind die demokratischen Sozialisten die anerkannten Träger der Forderung nach selbständiger Entwicklung der ehemals kolonialen Völker in innerer und äußerer Freiheit und die entschlossensten Förderer der bedingungslosen internationalen Hilfe für sie. Es hat seine tiefe Bedeutung, dass es heute führende asiatische Sozialisten gibt, die überzeugte Buddhisten oder Schüler Ghandis sind - ganz wie es führende europäische Sozialisten gibt, die gläubige Christen sind: Die einen wie die andern haben verstanden, dass sie die bleibenden Werte ihrer Kultur in den Umwälzungen der Gegenwart nur bewahren können, indem sie diese Werte selbst im Lichte der zeitgenössischen Krise neu deuten und die Gesellschaft in ihrem Sinne umgestalten."

Löwenthal fragt zum Schluß: "Sollte eine Bewegung, der die dringendste Not des Augenblicks so weltweite Aufgaben stellt, der Utopie bedürfen, um von ihrer geschichtlichen Mission überzeugt zu sein?" - Eine rhetorische Frage mit der ausgesprochenen Antwort: Nein.

+

+

+

- 4 -

## Die Jungen von einst

Von Karl Kern, Malmö

Wir waren ein wenig misstrauisch gegeneinander, da wir zu Pfingsten 1923 in Hamburg zusammentrafen, um die Sozialistische Jugendinternationale neu zu gründen. Wir: nämlich die Vertreter jener etwas "radikaleren" Verbände, die der "Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendverbände" mit dem Sitze in Wien angeschlossen waren, und die Vertreter der "Arbeiterjugendinternationale" der die "reformistischen" Verbände angeschlossen waren. Die "Arbeitsgemeinschaft" bestand vornehmlich aus dem Österreichischen, dem sudetendeutschen und jenem deutschen Verband, der den Unabhängigen Sozialisten nahestand. Der Arbeiterjugendinternationale waren in erster Linie angeschlossen: der Verband der Arbeiterjugend Deutschland, der holländische Verband und die skandinavischen Verbände. Das Misstrauen schwand bald. Die neue Jugendinternationale wurde ein lebendiges Gebilde, ihre Führer wuchsen bald zu einem Freundesbund zusammen, der Krieg und Verfolgungen überdauerte. Und immer mehr Verbände, auch slawische und romanische, taten mit. Der Wiederaufbau der sozialistischen Bewegung in den kriegsverheerten Ländern wäre nicht möglich gewesen ohne das Wissen, die Tatkraft, die Erfahrungen und die moralische Stärke jener einst "Jugendbewegten".

### Der Besten einer

Den stärksten Eindruck nahmen wir damals in Hamburg von einem blonden Hamburger mit nach Hause. Den einen Arm hatte er im Kriege gelassen. Mit dem übriggebliebenen unterstrich er lebhaft seine Rede, die dem Frieden und der Völkerversöhnung galt. Seine Züge waren offen, seine Worte klar. Dass er Vorsitzender erst des Verbandes der Arbeiterjugend und nach dem Zusammenschluß mit den "Unabhängigen" Vorsitzender des neuen Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend geworden war, war kein Zufall. Er war der Besten einer, die aus der deutschen Jugendbewegung emporgewachsen waren: Max Westphal, nachmals Mitglied des Parteivorstandes der SPD, dann durch die Nazis drangsaliert und während des Krieges früh verstorben infolge der Entbehrungen, deren er unter dem Drucke der Nazis ausgesetzt gewesen ist. Die Erinnerung an diesen lautereren Menschen lebt in uns allen weiter. -

Da war Erich Sillenauer, gerade 22 Jahre alt, ein schlanker Jüngling, dessen Augen klug durch eine scharfe Brille schauten. Er sprach nicht viel, aber was er sagte, hatte Hand und Fuß. Er wurde der Sekretär der neuen Jugendinternationale und blieb es, so lange sie überhaupt zu arbeiten vermochte. Dass sie immer mehr an innerer Kraft gewann, ist in erster Linie seiner Klugheit, Geduld und seinem einzigartigen diplomatischen Geschick, vor allem aber seiner Kameradschaftlichkeit zu danken. Sein Schicksal: lange Emigration, in der er geistig wuchs und seelisch litt - und dann die selbstverständliche Berufung an die Spitze der Partei, von deren Haltung zum guten Teil das Geschick Deutschlands, Europas und der Welt abhängt. -

Wechselvolle Schicksale

Vor uns liegt ein Lichtbild, das die Teilnehmer der Exekutivtagung zeigt, welche die Sozialistische Jugendinternationale im Jahre 1932 in Prag abhielt. Die Namen zweier oder dreier Leute haben wir vergessen. Die anderen sind uns unsso bekannter.

Hier haben wir, hinter dem kurzen Tische sitzend, das fünfgliedrige Büro der Jugendinternationale: Ernst Paul, Gründer und erster Vorsitzender des sudetendeutschen sozialistischen Jugendverbandes, einer der nachmaligen Führer der sudetendeutschen Sozialdemokratie und dort bis 1938 in der vordersten Reihe des Abwehrkampfes gegen den Nazismus stehend. Lange Emigrationsjahre in Schweden, politische Arbeit auch dort. Dann, nach dem zweiten Verluste der Heimat durch den tschechischen Nationalismus, Funktionär der SPD, Mitglied des Bundestages, dessen Aufrussausschusses und des Exekutivrates. - Neben ihm Ecos Vorink, der Holländer: Mitte der Dreissigerjahre Vorsitzender der holländischen Sozialdemokratie. Während des Krieges Konzentrationslager in Deutschland. Dann: Neugründung der Partei/später "Partei der Arbeit". Wieder Vorsitzender, Abgeordneter: lebendig, ideenreich, impulsiv, manchmal umstritten. - In der Mitte Karl Heing, damals Vorsitzender der Jugendinternationale, gleichzeitig Sekretär des Republikanischen Schutzbundes in Österreich. Nach dem Dollfuß-Putsch in die Emigration: Tschechoslowakei, Schweden, USA. Jetzt Metallarbeiter in San Francisco. - Neben Ellenhauer der hochbegabte Schwede Richard Lidström, nachmalig Chefredakteur des Hauptorgans der schwedischen Sozialdemokratie, einer ihrer klügsten Führer, und einer der besten Journalisten des Nordens: 1947 verstorben, erst 50 Jahre alt. - Da sehen wir den Österreicher Felix Zanitz, der später in einem KZ zugrunde ging; da sind die Tschechen Vaclav Kasal und Josef Vesely, über deren Schicksal man nichts weiß. Neben ihnen steht der Berliner Ludwig Wiedrich, jetzt Presseattaché der Deutschen Gesandtschaft in Brüssel. Piet Voogd, der Holländer, der für die Jugendinternationale in ihren Anfängen viel bedeutete, starb schon in den Dreissigerjahren; neben ihm sehen wir den Polen Ludwig Cohn, der den Krieg überlebte, ohne dass man über sein jetziges Schicksal etwas erfahren kann. Da sind der lange Josef Badura, Pole, aus der Tschechoslowakei, Vaclav Stoces, der Tscheche. Und schließlich sieht man auf dem Bilde Hans Redtöft, nunmehr Ministerpräsident Dänemarks und Rolf Reventlow, der die Italiener zu vertreten pflegte, deren Verband durch Mussolini schon 1924 zersprengt worden war. Reventlows bemerkenswertes Schicksal: Redakteur der Breslauer "Volkspresse". Emigration in Frankreich. Teilnahme an spanischer Bürgerkrieg, neue Emigration nach Nordafrika, jetzt Sekretär der SPD in München.

Einige wären noch zu nennen, die in der Jugendinternationale eine bedeutende Rolle spielten: Forsten Nilsson, jetzt schwedischer Verteidigungsminister; Folke Thunborg, Staatssekretär des Inneren, jetzt Statthalter der nördlichsten Provinz Schwedens; Ernst Papanek, der spätere Vorsitzende des österreichischen Verbandes, jetzt Schullehrer in New York; Gunnar Sand, der Norweger, jetzt Sekretär des Verbandes "Volk und Verteidigung", Oslo; Poul Hansen, jetzt Präsident des dänischen Folketings; Halvard Lange, jetzt Norwegens Außenminister; Karl August Lagerholm, jetzt Vorsitzender des finnischen Reichstages; Frantisek Raus, der tapfere Tscheche, der nach jahrelanger Haft in einem Nazi-KZ den sudetendeutschen Sozialisten unter Gefahr für das eigene Leben hilfreich zur Seite sprang - jetzt Metallarbeiter in Schweden. Und schließlich Erich Lindstaedt, der zu früh verstorben ist.

Sie alle gaben das Beste, geleitet von der Sehnsucht nach einer friedlichen Welt, in der freie Völker und freie Menschen in Sicherheit leben können.

27.10.1954

Ein mutiger Bekenner

sp. Der unerschrockene Sozialist Dr. Gerhard Kunze, einer der angesehensten evangelischen Theologen, Leiter des Predigerseminars in Breetz i.H., weilt nicht mehr unter den Lebenden. Für die deutsche Sozialdemokratie, insbesondere in Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird er als der unermüdliche Sämann des besseren Verstehens zwischen evangelischer Kirche und demokratischem Sozialismus unvergessen bleiben.

Dr. Kunze, als evangelischer Theologe, Publizist und überzeugter Sozialist gleich bekenntnisfreudig, war ein Sohn des sächsischen Reviers. Am 29. Juli 1892 in Hartenstein bei Zwickau geboren, wurde er 1921 in der ehrwürdigen Thomas-Kirche in Leipzig zum Pastor ordiniert. 1925 zum Studentenfarrer an die Leipziger Universität berufen, war Gerhard Kunze erster Studentenfarrer in Deutschland überhaupt. Infolge des vor den Nationalsozialisten heraufbeschworenen Kirchenkampfes musste er seine sächsische Heimat bereits 1935 verlassen und kam als Angehöriger der "Bekennenden Kirche" nach Niedersachsen, wo er die Pfarre in Bothfeld übernahm. Unter dem nachhaltigen Eindruck dieses Kampfes gegen die Kirche und in der Erkenntnis, die evangelische Kirche brauche die Sozialisten wie die Sozialisten die evangelische Kirche, bekannte er sich nach 1945 auch ausdrücklich zur deutschen Sozialdemokratie. Als Superintendent der niedersächsischen Landeshauptstadt hat Dr. Kunze der evangelischen Kirche in Wort und Schrift unermüdlich ebenso gedient, wie er es für seine seelsorgerische und staatsbürgerliche Pflicht hielt, um ein ehrliches Verständnis zwischen Protestantismus und Sozialismus unerlässlich zu ringen. So wie er als unorthodoxer Kreuzzugsmann die Frage des Verhältnisses der evangelischen Kirche zum Staat seit Jahren gründlich untersucht und einer positiven Lösung näher gebracht hatte, so hat er auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie durch eine ausgedehnte Vortragstätigkeit und publizistische Arbeit nicht minder segensreich gewirkt.

Nam

Die ständigen Sorgen und Aufregungen für einen/der Bekennenden Kirche unter einem kirchenfeindlichen Regierungssystem hatten die Gesundheit Gerhard Kunzes stark angegriffen; deshalb war er am 1. Dozern 1948

in Hannover in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Als aus Schleswig-Holstein der ehrenvolle Ruf an ihn erging, die Leitung des Predigerseminars in Preetz zu übernehmen, nahm er ihn an. An der Stätte seiner neuen Tätigkeit hat Dr. Kunze sich im Dienst der Evangelischen-Lutherischen Landeskirche aufgezehrt.

Seine Wahrheitsliebe, sein protestantischer Bekennermut und sein reich verschenktes Wissen um den sittlichen und geistigen Wesensinhalt des demokratischen Sozialismus lassen die deutsche Sozialdemokratie sein Scheiden auf das Schmerzlichste empfinden.

+ + +

#### Widerlegte Abschwächungsversuche

sp. Es war zu erwarten, dass nach dem Schock, den der Saarverzicht des Bundeskanzlers in der deutschen Öffentlichkeit auslöste und der bis weit in die Reihen der Regierungskoalition hineinreichte, eine Beschwichtigungskampagne von Regierungsseite einsetzen würde, nachdem Motto etwa: Es ist doch alles nicht so schlimm, von einem Verzicht auf die Saar kann nicht die Rede sein, und wer dies behauptet, arbeitet mit böswilligen Unterstellungen. Wieder einmal erleben wir, dass die Verfechter dieser "Saarlösung" in die Vertragstexte etwas ganz anderes hineinlegen, als was sie unter dem Geist, der sie prägte, in Wirklichkeit besagen.

Das Stichwort zur Beschwichtigung der deutschen Öffentlichkeit gab der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, der CDU-Abgeordnete Dr. Gersdenmaier. In einer Presseverlautbarung behauptete er, wenn die Zwischenlösung, die in Paris vereinbart wurde, in Kraft trete, werde "die Saar weder ein Staat noch ein Satellit Frankreichs sein. Volk und Gebiet an der Saar werden vielmehr ein, der Organisationsgewalt des Bundes bis auf weiteres entzogenes, deutsches Gebiet sein, über dessen definitiven Status erst im Friedensvertrag und auch dann nur mit der völlig freien Zustimmung der Saarbevölkerung befunden werden kann".



Ein Blick auf die Weltpresse müßte Dr. Gerstenmaier überzeugen, dass er sich mit dieser Auslegung ziemlich allein befindet. Schon der dem französischen Außenministerium nahestehende "Le Monde" hatte unmittelbar nach dem Unfall Dr. Adenauers festgestellt, hier sei der Verzicht auf eine Bevölkerung ausgesprochen worden, "deren deutsche Eigenart nicht angezweifelt werden könne". Als den größten Nachteil der Pariser Abmachungen bezeichnet die "Neue Zürcher Zeitung" die Unabänderlichkeit des Saarstatuts. Sie schreibt:

"Das Definitivum des Saarstatuts wird unterstrichen durch die Aufstellung von Saarstreitkräften, sowie durch die Verlegung des Sitzes der Montan-Union von Luxemburg nach Saarbrücken. Die Konzessionen Frankreichs verlieren ... danach an Gewicht."

Zu den gleichen Schlußfolgerungen kommt die dem Kanzler wohlgesinnte "Times":

"Hieraus geht klar hervor, dass sowohl die Franzosen, als auch die Deutschen Konzessionen gemacht haben, dass aber Adenauers Rückzieher der größere war. Die Deutschen haben - zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt - den Gedanken aufgegeben, dass die Saar unveräußerliches deutsches Territorium ist und durch das Übereinkommen, welches dem Status - nach einer Billigung durch Abstimmung - bis zum Friedensvertrag Unabänderlichkeit verleiht, der Beschränkung, wenn nicht gar der Unmöglichkeit einer Betätigung der deutschen Parteien an der Saar zugestimmt."

Angesichts dieser gewiss unverdächtigen Stimmen aus der Welt-  
presse nahmen sich die Versuche, die Kapitulation des Kanzlers in der  
Saarfrage zu verniedlichen, kläglich und unbeholfen aus. Es fehlt  
ihnen jede innere Überzeugungskraft. Das Gewicht der Tatsachen spricht  
gegen sie.

+

+

- 9 -

+

27.10.1954

### Deutsche Position verschlechtert

Der sozialdemokratische Oppositionsführer, Erich Ollenhauer, hat in den letzten Tagen in Beratungen mit Sachverständigen die bisher vorliegenden Texte der Pariser Abkommen geprüft. Er erklärt:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird gemeinsam mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am kommenden Montag zu den Pariser Beschlüssen Stellung nehmen. Schon jetzt ist unbestreitbar: Das Ergebnis von Paris bestätigt in vollem Maße die Einwände der Sozialdemokratie, die sie gegen das von der Bundesregierung eingeschlagene Verfahren unmittelbar nach der Londoner Konferenz erhoben hat. Der Bundeskanzler ist in Paris durch seine Unterschrift Verpflichtungen eingegangen, die schwerste Belastungen für die Bundesrepublik mit sich bringen.

Die Sozialdemokratie hatte beantragt, die Bundesregierung zu verpflichten, in Besprechungen mit den drei westlichen Besatzungsmächten die Grundlagen einer gemeinsamen Politik zu klären, die in kommenden Viermächte-Verhandlungen die Wiedervereinigung Deutschlands herbeiführen sollen. Stattdessen und entgegen den Versprechungen des Bundeskanzlers ist man in den Pariser Abkommen wieder auf die für eine solche Wiedervereinigungspolitik untauglichen und hinderlichen Formeln des alten Bonner General-Vertrags zurückgefallen.

Der Bundeskanzler hat in dem Bestreben, so schnell wie möglich ein Abkommen zustande zu bringen, durch das die Aufstellung einer Armee von einer halben Million Mann in der Bundesrepublik ermöglicht werden soll, darauf verzichtet, zu einer konstruktiven Politik der europäischen Zusammenarbeit vorzustoßen.

Der Kern des Pariser Saarabkommens ist das tatsächliche und rechtliche Anerkenntnis, dass bis zum Friedensvertrag das Saargebiet nicht mehr als zum deutschen Staatsgebiet gehörig behandelt werden soll. Dieses Anerkenntnis ist eine entscheidende Verschlechterung der deutschen Position, weil die Bundesregierung nicht mehr zuständig sein und der gesamtdeutschen Regierung die Bürde auferlegen würde, dieses Zugeständnis rückgängig zu machen. Weiterhin gewährleistet das Saarstatut nicht die politischen Grundrechte und Freiheiten der Deutschen an der Saar.

Das deutsch-französische Verhältnis wird leider durch dieses Saarstatut neuen Belastungen ausgesetzt. Die gegensätzliche Auslegung des Abkommens in Paris und Bonn beweist schon jetzt, dass man sich auf Formulierungen "geeignet" hat, von denen man wusste, dass sie unvereinigte Gegensätze lediglich verschleiern.

Die Sozialdemokratie bedauert dies umso mehr, als sie nach dem Scheitern des EVG-Vertrages eindringlich gefordert hatte, die Bereinigung der zwischen Deutschland und Frankreich zu klärenden Probleme und die Schaffung eines Rahmens für die europäische Zusammenarbeit bei neuen Verhandlungen nicht wieder unter dem Zeitdruck der Aufstellung westdeutscher Divisionen zu stellen und die Idee der europäischen Zusammenarbeit nicht wieder durch einseitige Verzichte zu verfälschen.